

Newsletter 8

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

am 5.9.18 fand die Mitgliederversammlung unseres Landesverbandes in der Christian-Timm-Schule in Rendsburg statt. Den einführenden öffentlichen Vortrag hielt Prof.ⁱⁿ Susanne Thurn. Willi Butterbrodt berichtet darüber. Außerdem dokumentieren wir in diesem Newsletter die Ergebnisse der Vorstandswahlen sowie der Beschlüsse der Versammlung.

Mittlerweile sind die Vorbereitungen für unseren diesjährigen Elterntag am 1.12.18 in der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule in Kiel zum Thema „Schule in der digitalen Welt“ weit vorangeschritten. Das Programm steht. Die Einladungen sind verschickt. Jetzt geht es darum, auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen und für diese zu werben. Neu ist, dass wir erstmals speziell für diesen Elterntag eine eigene Homepage eingerichtet haben und dass das Anmeldeverfahren über das „Formix-Portal“ des IQSH erfolgt. An dieser Stelle sei insbesondere unseren Mitveranstaltern, dem Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen und der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule, sowie dem IQSH für die unterstützende Mitwirkung gedankt.

Jetzt im Herbst nimmt die Bildungspolitik wieder Fahrt auf. Die GGG ist in das Anhörungsverfahren des Bildungsausschusses zum Entwurf eines neuen Lehrkräftebildungsgesetzes einbezogen. Unsere Stellungnahme dazu dokumentieren wir in diesem Newsletter.

Dieter Zielinski

Oktober 2018

IN DIESEM NEWSLETTER

Der neue Landesvorstand	2
Wie gerecht ist unser Bildungssystem?	3/4
Beschluss zum Bildungsrat	5
Resolution der MV	6/7
Zeitschrift Gemeinsam Lernen	7
Elterntag 2018	8/9
Stellungnahme Lehrkräftebildungsgesetz	10-12
Aufgeschnappt	12



www.elterntag-sh.de

TERMINE

1.12.18 Elterntag 2018: Schule in der digitalen Welt, Beginn 9.00 Uhr, Toni-Jensen-GemS in Kiel
19.—21.9.19 GGG-Bundeskongress 2019, Fritz-Karsen-Schule, Berlin (siehe www.ggg-web.de)

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein
Gemeinschaftsschulverband
c/o Dieter Zielinski
Langeskovweg 11
24222 Schwentinental



DER NEUE LANDESVORSTAND



Auf dem Foto von links: Atila Koçer (Kassenwart), Dr. Christa Lohmann (kooptiert), Renate Holfter (kooptiert), Sönke Boysen (kooptiert), Thorsten Muschinski (Beisitzender), Dieter Zielinski (Vorsitz), Dr. Hans-Werner Johannsen (Beisitzender), Willi Butterbrodt (Beisitzender)
Es fehlen: Susanne Graf, Thomas Löwenbrück und Joachim Stolzenberg (alle Beisitzende)

Der Landesverband Schleswig-Holstein ist im Rahmen des Internetauftritts der neuen Homepage der GGG direkt unter www.sh.ggg-web.de zu erreichen.



WIE GERECHT IST UNSER BILDUNGSSYSTEM ?

„Wie gerecht ist unser Bildungssystem?“ – So lautete der Titel des öffentlichen Vortrages, den die Professorin Dr. Susanne Thurn zum Auftakt der Mitgliederversammlung der GGG am 5.9.2018 in der Christian-Timm-Schule in Rendsburg gehalten hat.

Frau Thurn war Leiterin der Laborschule Bielefeld und arbeitet nun pädagogisch im universitären Bereich, so dass sie das Thema sowohl bildungstheoretisch als auch von der Schulpraxis her präsentierte. Ihre Antwort auf die einleitende Fragestellung fiel eindeutig aus: Formal hätten in Deutschland alle Kinder gleiche Bildungschancen, aber da weiterhin und obendrein noch sehr früh selektiert werde, entscheide besonders die soziale Herkunft und/oder der Migrationshintergrund über den Schulerfolg. So würden v.a. Kinder aus finanziell ärmeren und bildungsferneren Familien durch die Selektionsmechanismen zu „Problemkindern“ in der Schule. Zum Beispiel entscheide bereits der Vorname „Max“ oder „Murat“ über den Bildungsweg. Daraus folge, dass nur vielfältige Unterrichtsangebote in inklusiv zusammengesetzten Lerngruppen diesen unterschiedlichen Voraussetzungen Rechnung tragen könnten.

Susanne Thurn gab hier das vielleicht etwas klischeehafte Beispiel vom „Hardrocker“ und „Bullerbü-Mädchen“, deren Lesekompetenz zu Beginn ihrer Schulzeit extrem auseinanderklaffe. Untersuchungen hätten ergeben, dass es Differenzen von bis zu vier Jahren zwischen Entwicklungs- und Lernalter geben könne. Unterrichtskonzepte, die den Kindern zielgleich und in gleicher Zeit den Lernstoff vermitteln sollen, müssten deshalb scheitern; sie seien geradezu absurd. Am Beispiel der Laborschule Bielefeld führte Frau Thurn aus, wie es gelingen könne, sowohl einen körperlich sehr beeinträchtigten Jungen als auch ein blindes Mädchen und einen jungen Syrer, der schwer traumatisiert ist und nicht spricht, in die Lerngruppe zu integrieren und einen dem jeweiligen Kind entsprechenden Lernerfolg zu vermitteln.

Dagegen arbeite das traditionelle Schulsystem nach dem Muster, gleiche Zeit, gleiche Anforderungen und gleiche Lernwege brächten den Erfolg. Weit gefehlt: Hieraus entstehe für viele Schülerinnen und Schüler ein Teufelskreis des Mislingens, häufig einhergehend mit Sitzenbleiben und/oder „Abschulung“.

In der Bundesrepublik habe es bisher zwei Ansätze gegeben, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. So habe zwar die Arbeit des deutschen Bildungsrates in den Jahren 1965 – 1975 zur Gründung von Gesamtschulen geführt, diese hatten allerdings häufig den Status von Versuchsschulen, so dass es zu keiner grundsätzlichen Strukturveränderung gekommen sei. Der eherne Grundsatz, nur homogene Lerngruppen garantierten überzeugende Leistungen, habe weiterhin das Schulsystem bestimmt.



WIE GERECHT IST UNSER BILDUNGSSYSTEM ?

Ein zweiter Versuch folgte dem Pisa-Schock nach dem Jahre 2000. Höhere Bildungsetats und zentrale Prüfungen sollten unterschiedliche Bildungschancen angleichen. Doch anstatt Minimalstandards zu kreieren, formulierten die deutschen Bildungspolitikern – anders als das skandinavische Vorbild – Regelstandards, was erneut eine durchgreifende Änderung verhindert habe. Seitdem bilde sich in fast ganz Deutschland ein Zweisäulenmodell unterschiedlicher Art heraus, das Grundlage für die zukünftige Bildungslandschaft sein dürfte. Alles laufe nach dem altbewährten Muster ab: eine Schule für die „stärkeren Kinder“, eine für die „schwächeren“. Typisch für diese Entwicklung sei, dass vielerorts das Gymnasium bei Eltern zum unbedingten Statussymbol geworden sei, selbst wenn es teilweise mit Nachhilfe und Medikamenten für die Kinder teuer erkaufte werden müsse. Das Beispiel Hamburg veranschauliche diesen Trend. Hier seien je nach Stadtteil Gymnasialanmeldungen von 60% und mehr die Regel. Die Stadtteilschulen würden sich mit 30 – 40% zur „Restschule“ entwickeln.

In dieser Situation verspreche der Nationale Bildungsrat der Bundesregierung Besserung, aber bereits dessen personelle Zusammensetzung zeige, dass hier ein Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit nicht zu erwarten ist. Die Bildungskommission werde von 38 Personen gebildet, die Verwaltungskommission von 26. In den Gremien habe die Politik das Schwergewicht. Kritische Bildungstheorie sowie Fragen von Didaktik und Pädagogik hätten keinen Raum.

Deshalb sei die Initiative „wir-wollen-bildungsgerechtigkeit.de“ gegründet worden. Sie fordere eine „Bildungsoffensive - jetzt!“ Heterogenität und Verschiedenheit innerhalb der Lerngruppen seien ihr oberstes Credo. Folgende vier Grundsätze gelte es zu vermitteln:

1. Die Öffentlichkeit müsse aufgeklärt werden: Eine Schule für ALLE tut ALLEN gut.
2. Aus einer humanen Grundhaltung heraus müssten an den Schulen alle angemeldeten Kinder aufgenommen werden.
3. Es gelte die Forderung: Jedes Kind müsse sein Bestmögliches leisten.
4. Auch die Bildungspolitik müsse der Bevölkerung vermitteln, dass Geld für Bildung keine Ausgabe ist, sondern eine Investition in die Zukunft.

Abschließend bat Frau Thurn die Anwesenden und die GGG um Unterstützung der Bildungsinitiative, vor allem auch, weil diese bisher nur 6000 Unterstützer im Internet gefunden habe. Dies zeige leider, dass Schule und Bildungsfragen zur Zeit in der breiten Öffentlichkeit nur auf wenig Resonanz stoßen würden. Gerade deshalb sei es notwendig, weiterhin die Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit und einer Schule für alle aufrechtzuerhalten, denn:

Alle Menschen brauchen drei Erfahrungen, um gut leben zu können.

„Ich kann`s!“

„Ich gehöre dazu!“

„Ich werde gebraucht!“

Dies gelte für „Kinder in der Schule möglichst an jedem Tag!“

Zusammengefasst von Willi Butterbrodt



Beschluss der Mitgliederversammlung der Gemeinnützigen-Gesellschaft-Gesamtschule, Landesverband Schleswig-Holstein:

Die GGG in Schleswig-Holstein unterstützt die u.a. von Prof. Hans Brügelmann, Dr.ⁱⁿ Annemarie von der Groeben, Prof. Hilbert Meyer, Renate Nietzsche und Prof.ⁱⁿ Susanne Thurn initiierte Initiative zur Einrichtung eines „Bildungsrates für Bildungsgerechtigkeit“. Von einem „Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit“ erwarten wir wissenschaftlich fundierte, praxistaugliche sowie möglichst gesellschaftlich konsensfähige Vorschläge für die Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems und zwar sowohl auf der Länders- als auch auf der Bundesebene. Wir erwarten, dass sich aus den Empfehlungen eines solchen Bildungsrates ein tragfähiger bildungspolitischer Konsens entwickelt, der sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen orientiert, Perspektiven für die nachwachsende Generation entwickelt und damit ein zukunftsfähiges Schulsystem schafft.

Rendsburg, den 5.9.2018



Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit

8. Juni 2018

Ein Netzwerk für Bildungsgerechtigkeit

— Aus aktuellem Anlass: Vorveröffentlichung eines Beitrags aus der DDS, der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis.
Hans Brügelmann und Annemarie von der Groeben referieren in ihrem Aufsatz „Ein Netzwerk für Bildungsgerechtigkeit“ über die Begründungen, Aufgaben und Modelle für einen neuen Bildungsrat.

[Link zum Artikel auf dds.uni-hannover.de](http://bildungsrat-fuer-bildungsgerechtigkeit.de/neuigkeiten/)

- Bildungsgerechtigkeit**
- Das Problem**
- Bildungsrat**
- Der Weg zur Petition**
- Neuigkeiten**
- Petition jetzt unterzeichnen auf Change.org**

<http://bildungsrat-fuer-bildungsgerechtigkeit.de/neuigkeiten/>

RESOLUTION DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung der Gemeinnützigen-Gesellschaft-Gesamtschule, Landesverband Schleswig-Holstein, hat am 5.9.2018 folgende Resolution einstimmig verabschiedet.

Nach einem Jahr Jamaika: Die Bildungspolitik der Regierungskoalition in Schleswig-Holstein wird ihrer Verantwortung nicht gerecht. Die GGG fordert: „Beendet das schulpolitische Klein-Klein!“

In Schleswig-Holstein hat sich mit dem letzten Regierungswechsel vor gut einem Jahr von der Küstenkoalition zu dem, was Jamaika genannt wird, ein bildungspolitischer Wechsel vollzogen, der mittlerweile in seinen Auswirkungen beurteilt werden kann.

Es geschieht genau das, was der Hamburger Bildungssenator Thies Rabe kürzlich anprangerte: „Es tut Schulen nicht gut, wenn alle zwei Jahre der Minister wechselt und das Ministerium alles neu erfindet.“ In Schleswig-Holstein wird noch nicht einmal neu erfunden, sondern das Rad wieder zurück gedreht, aus dem Neuen wird wieder das Alte gemacht und zwar sowohl im strukturellen als auch im pädagogischen Bereich.

Falsch und rückwärtsgewandt sind u.a.,

- dass die Dauer bis zum Abitur wieder grundsätzlich auf neun Jahre verlängert wurde. Die Rückkehr zu G9 ist unproduktiv (UV Nord), kostet unnötig viel Geld, das an anderer Stelle im Bildungsbereich dringend benötigt wird.
- die Wiedereinführung der Grundschulgutachten beim Übergang auf eine weiterführende Schule. Die Kategorisierung von Menschen steht im Gegensatz zu einer inklusiven Schule, sie beschämt Menschen und wertet sie ab. Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Prognostizität und Objektivität zu wünschen übrig lassen.
- die Rückkehr des verordnungsrechtlichen Normalfalls von Zensurenzeugnissen gegenüber Berichtszeugnissen. Zensuren sind einer selektiv und kategorisierenden Pädagogik zuzuordnen. Umgang mit Heterogenität, unterstützendes und individuelles Lernen, so wie es die Gemeinschaftsschulen praktizieren, erfordern eine differenziertere Form der Leistungsrückmeldung.
- die Absicht, das geschaffene gemeinsame Sekundarschullehramt für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien zugunsten zweier schulartbezogener Lehrämter aufzuheben. Würde die Änderung so umgesetzt, wäre dies fatal für die Gemeinschaftsschulen. Das Signal hieße, die Gymnasien sind für die gymnasiale Bildung zuständig und die Gemeinschaftsschulen für den Rest.

Aus einem System zweier gleichberechtigter Schulformen entsteht so Schritt für Schritt wieder ein hierarchisch aufgebautes und selektiv orientiertes Schulsystem. Dass ein solches System nicht funktioniert, hat sich in der Vergangenheit, in Schleswig-Holstein z.B. mit der eingeführten und inzwischen wieder verworfenen Regionalschule, mehrfach gezeigt. Diese Bildungspolitik ist unverantwortlich. Sie betreibt Klientelpolitik, statt die drängenden gesellschaftspolitischen wie bildungspolitischen Herausforderungen anzugehen, für die eine Schule gebraucht wird, die Bildungsbarrieren abbaut und Chancen für alle eröffnet, um einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

RESOLUTION DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die GGG ist der Überzeugung, dass die aktuellen Herausforderungen nur mit einem integrierten und nicht mit einem selektiven Schulsystem erreicht werden können. Solange die für die Umgestaltung zur „Einen Schule für alle“ politischen und gesellschaftlichen Mehrheiten fehlen, unterstützt die GGG alle bildungspolitischen Initiativen, die diese Ziele verfolgen.

Ein Zweisäulenmodell mit Gemeinschaftsschule und Gymnasium, so wie von der letzten Landesregierung gestaltet, hätte ein wichtiger Schritt werden können. Für ein solches System fordert die GGG,

- dass beide Schulformen gleichberechtigt nebeneinander stehen,
- dass die Entstehung von Brennpunktschulen verhindert wird und dort, wo solche Schulen entstanden sind, durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen eine möglichst schnelle Überwindung herbeigeführt wird,
- dass alle Gemeinschaftsschulen eine hinreichende Heterogenität in Bezug auf die Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler aufweisen,
- dass alle Schulen einmal aufgenommene Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss führen (Abschulungsverbot),
- dass möglichst viele Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe erhalten bzw. dort, wo dies nicht möglich ist, allen Jugendlichen ein gleichberechtigter Übergang in eine Oberstufe ermöglicht wird,
- dass die Schulen ihren Aufgaben entsprechend ausgestattet und
- dass die von den Schulen zu leistenden Aufgaben auf alle Schulen gleichmäßig verteilt werden.

Die GGG fordert alle Verantwortlichen auf, ihren bildungspolitischen Interessenklüngel einzustellen und eine verantwortliche Bildungspolitik unabhängig von wahltaktischen Überlegungen zu betreiben.

ZEITSCHRIFT GEMEINSAM LERNEN

Im Jahr 2015 optimistisch gestartet, eine Kombination von Verbands- und anspruchsvoller pädagogischer Zeitschrift. Der Hauptausschuss der GGG hat dieses Experiment jetzt beendet. Der Anspruch, pädagogische Zeitschrift zu sein, wurde voll eingelöst. Der Anspruch, gleichzeitig auch eine politisch orientierte Verbandszeitschrift sein zu können, jedoch nicht. Drei Hefte werden noch erscheinen. Die GGG wird sich um ein neues Verbandsorgan kümmern müssen. Eine Kommission dazu ist eingesetzt.





UNSERE KINDER UND DER
**DIGITALE
WANDEL**
WIR HABEN FRAGEN!

**VORTRÄGE,
16 WORKSHOPS,
DISKUSSIONEN!**

ANMELDUNG UND ALLE
INFORMATIONEN
ÜBER UNSERE HOMEPAGE!

EIN TAG ORGANISIERT
VOM GEMEINSCHAFTS-
SCHULVERBAND GGG,
DEM LANDESELTERNBEIRAT-
GEMEINSCHAFTSSCHULEN
UND DER TONI JENSEN GS KIEL.
IN ZUSAMMENARBEIT
MIT DEM IQSH

**Elterntag SH
1.12.2018
Toni Jensen
Gemeinschaftsschule**

www.elterntag-sh.de

Schule in der digitalen Welt

Ablauf

ab 8.00
Ankommen bei einer Tasse Kaffee oder Tee und einem Imbiss

9.00 – 9.30
Eröffnung - Begrüßung durch die Veranstalter

9.30-10.45
Impulsvortrag mit anschließender Aussprache:

„Schule in der digitalen Welt“
Prof. Dr. Christian Filk
Europa-Universität Flensburg

11.30-13.00
1. Workshop-Runde

13.00-14.00
Mittagspause / Essen

14.00-15.30
2. Workshop-Runde

15.30-16.30
Schlussrunde / Ausklang

Schule in der digitalen Welt

Veranstaltungsort

Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule
24149 Kiel
Masurenring 6

Ein geladene sind alle Eltern aus den Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Als Gäste willkommen sind auch Eltern von Grundschülerinnen und Grundschulern, die die Gemeinschaftsschule kennen lernen wollen.

Wahl der Workshops

Die Workshops finden vormittags (V) und nachmittags (N) statt. Sie können also zwei verschiedene Workshops auswählen.

Kinderbetreuung für Kinder ab 3 Jahren

Bei Bedarf können Sie Ihre Kinder mitbringen. Teilen Sie uns mit Ihrer Anmeldung bitte mit, wenn Sie dieses Angebot wahrnehmen wollen.

Mittagessen

Ein kostenloses Mittagessen, auf Wunsch auch vegetarisch, wird angeboten.

Angebot für Schülerinnen und Schüler aus Gemeinschaftsschulen

Am Nachmittag (2. Workshoprunde) bietet Jordanne Bichat (Mitglied im Vorstand der Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen) einen Workshop zum Thema „Alle für Einen, Einer für Alle - Teamarbeit in der SV“ an.

Bitte auch dazu über die angegebene Internetseite anmelden!

Schule in der digitalen Welt



Elterntag

Samstag,
1. Dezember 2018,
9.00h - 16.30h

Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule
Kiel

Veranstalter

Landeselternbeirat der
Gemeinschaftsschulen in SH
Thorsten Muschinski

0179/5658135 / L.muschinski@lebsch.de

GGG – Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule
Landesverband Schleswig-Holstein,
Gemeinschaftsschulverband

Dieter Zielinski
0431/18402 / Diet_Ziel@t-online.de

Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule
SEB Vorsitzender René Hamdorf
0173/5887546 / hamdorf@elterntag-sh.de

In Kooperation: IQSH
Institut für Qualitätsentwicklung
an Schulen Schleswig-Holstein

Schule in der digitalen Welt

Workshop-Themen

Workshop 1: V + N
Digitale Medien im Fachunterricht
Dr. Ulf Schweckendiek, IQSH

Workshop 2: V
Digitale Medien im Unterricht mit
heterogenen Lerngruppen
Dr. Lea Schulz, IQSH

Workshop 3: V + N
Jeder Tag Medienkompetenztag: Produktive
Medienbildung mit Peer to Peer-Projekten
Michael Schwarz, Koordinator für schulfachliche
Aufgaben, Gymnasium Eckhorst, Bargteheide

Workshop 4: V
Mediennutzung von Jugendlichen: Was ist
in? Was motiviert sie dazu?
Uli Tondorf, Bildungsreferent AKJ SH

Workshop 5: V + N
Computer und Videospiele: Genres, Spaß,
Auswirkungen und Grenzen
Andreas Langer, Bildungsreferent AKJ SH

Workshop 6: V + N
Ethik im Internet – Werte und Regeln für den
respektvollen Umgang im virtuellen Raum
Monika Krah-Schulte, IQSH

Workshop 7: V + N
Wie kann Medienbildung zu Hause
unterstützt werden?
Joszi Sorokowski, Medienpädagogin

Workshop 8: V + N
Auswirkungen der Digitalisierung auf die
Entwicklung von Kindern und Jugendlichen
Kristin Wedemeyer, Norman Röper, Sozial-
pädagogen Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule

Schule in der digitalen Welt

Workshop 9: V + N
FvSS 4.0 – Die Schule in der digitalen Welt
Ole Cramer, Freiherr-vom-Stein-Schule,
Neumünster

Workshop 10: V + N
IServ - Präsentation und Erklärung
Benjamin Heindl, Geschäftsführer IServ

Workshop 11: V + N
Digitale Mediathek des IQSH – Möglichkeiten
der Nutzung
Mechthild Bering, IQSH

Workshop 12: V + N
Gemeinschaftsschule – Was ist das?
Jörg Thomas, Schulleiter Toni-Jensen-
Gemeinschaftsschule

Workshop 13: V + N
Elternabende konstruktiv,
abwechslungsreich und kreativ gestalten
Thomas Borowski, Supervisor, Coach

Workshop 14: V + N
Möglichkeiten, Rechte und Pflichten von
Elternvertretern
Thorsten Muschinski, Vors. Landeselternbeirat
der Gemeinschaftsschulen

Workshop 15: V + N
Was ist los in der Bildungspolitik?
Dieter Zielinski, Vors. GGG

Workshop 16: N
Alle für Einen, Einer für Alle – Teamarbeit in
der SV
Jordanne Bichat, Mitglied im Vorstand der
Landesschülervertretung der
Gemeinschaftsschulen

Schule in der digitalen Welt

Weitere Informationen zu
den angebotenen
Workshops finden Sie im
Internet unter folgender
Webadresse:
www.elterntag-sh.de

Anmeldung

Verbindliche Anmeldung für den
kostenfreien Elterntag bitte über unsere
Internetseite:

www.elterntag-sh.de

Bevor Sie auf das Anmeldeformular
zugreifen können, ist eine Registrierung
erforderlich.

Bei **Problemen** mit der bzw. **Nachfragen**
zur Anmeldung können Sie sich gerne
telefonisch oder per E-Mail mit den
Veranstaltern in Verbindung setzen.

Informationen zu **Parkmöglichkeiten** in
der Nähe der Schule finden Sie auf
unserer Internetseite (s.o.).

Vom **Hauptbahnhof Kiel** ist die Schule
mit den **Buslinien** 11 und 100 zu
erreichen.

STELLUNGNAHME LEHRKRÄFTEBILDUNGSGESETZ

Stellungnahme der GGG zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften

Sehr geehrter Herr Schmidt,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum *Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften* (Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/848) abgeben zu dürfen. Dabei beschränken wir uns auf die beabsichtigte Änderung der Abschaffung des Lehramtes an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen (Sekundarschullehramt) und den Ersatz dieses Lehramtes durch ein Lehramt für Gymnasien und ein weiteres für Gemeinschaftsschulen.

Nachdem das Lehrkräftebildungsgesetz erst in der vergangenen Legislaturperiode in Bezug auf eine zeitgemäße Pädagogik und Passung der Studiengänge zu den Hochschulen des Landes zukunftsfähig gemacht worden ist, sehen wir in dieser Hinsicht keinen Bedarf für eine erneute Veränderung.

Begründung:

Im bestehenden Gesetz sehen wir viele der Vorgaben der „Gemeinsamen Empfehlung von Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz zur Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt“ (Beschluss der KMK vom 12.3.2015 und Beschluss der HRK vom 18.3.15) umgesetzt. Danach verfolgt die Entwicklung eines inklusiven Bildungsangebotes in der allgemeinen Schule die Ziele, den bestmöglichen Bildungserfolg für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, die soziale Zugehörigkeit zu fördern und jedwede Diskriminierung zu vermeiden.

Die Ministerin argumentiert, dass die Lehrkräfteausbildung passgenau auf das zweigliedrige Schulsystem aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen zugeschnitten wird und künftige Lehrkräfte damit wüssten, auf welche Schulart sie das Studium im Regelfall führt. Bei dieser Argumentation wird übersehen, dass es zwischen beiden Schularten keine trennscharfe Unterscheidung gibt. Beide orientieren sich an den zu vergebenden Bildungsabschlüssen und beide führen trotz unterschiedlicher pädagogischer Wege zum selben Abitur. Dies bedeutet, dass auch in der Sekundarstufe I an der Gemeinschaftsschule der gymnasiale Bildungsgang immer Bestandteil ist und damit wesentlicher Teil der Ausbildung bleiben muss. Zur Abdeckung des Bedarfs an Lehrkräften für die Sekundarstufe II ist es unabdingbar, dass an den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen eine hinreichende Anzahl an Lehrkräften mit der Unterrichtsbefähigung für die Sekundarstufe II unterrichten. Nach unserer Auffassung müssen auch Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe über entsprechend ausgebildete Lehrkräfte verfügen. Hinzu kommt, dass die pädagogische Forschung wiederholt auf die Bedeutung der fachlichen Qualifikation der Lehrkräfte für den Lernerfolg ihrer

Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Schulstufe hingewiesen hat. Unter dem Gesichtspunkt der fachlichen Qualifizierung für die Sekundarstufen macht es daher keinen Sinn, eine schulartbezogene Unterscheidung der Lehrkräftebildung vorzunehmen. Im Gegenteil: entsprechend ausgebildete Lehrkräfte sind sowohl am Gymnasium als auch in der Gemeinschaftsschule einsetzbar.

Ebenso gilt, dass bei den aktuellen Übergangsquoten von der Grundschule auf das Gymnasium mit nahezu der Hälfte eines Schülerjahrganges, in einigen Regionen des Landes sogar höher, auch die an den Gymnasien unterrichtenden Lehrkräfte im Umgang mit Heterogenität und Vielfalt ausgebildet werden müssen. Dies entspricht den oben zitierten Empfehlungen von KMK und HRK, nach denen Lehrerinnen und Lehrer aller Schulen professionelle Kompetenzen benötigen, „um besondere Begabungen oder etwaige Benachteiligungen, Beeinträchtigungen und andere Barrieren von und für Schülerinnen und Schüler zu erkennen, und entsprechende pädagogische Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen“. Vorbereitet werden soll auf einen konstruktiven und professionellen Umgang mit Diversität. Durch die Schaffung des Sekundarschullehramtes wurde gerade dafür gesorgt, dass solche Kompetenzen auch im Gymnasium vorhanden sind. Eine Trennung der Lehrämter wäre auch vor diesem Hintergrund kontraproduktiv.

In der Diskussion um die Passung der Lehrkräftebildung zu dem in Schleswig-Holstein etablierten Schulsystem in Form eines Zweisäulenmodells ist deutlich geworden, dass die Interpretation dieses Modells sehr unterschiedlich ist. Entsprechend fällt das Urteil über eine dazu angemessene Lehrkräftebildung aus. Das Zweisäulenmodell wurde geschaffen, weil das bis dahin vorherrschende selektive Schulsystem, bestehend aus Haupt- und Realschule sowie dem Gymnasium mit Ergänzung durch eine nur an einigen Standorten angebotene Gesamtschule sich als nicht mehr zeitgemäß erwiesen hat. Die im Übergang zum jetzigen System neben der Gemeinschaftsschule eingeführte Regionalschule, in der lediglich die Bildungsgänge zum Ersten Allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) und zum Mittleren Schulabschluss (MSA) zusammengeführt waren, erwies sich als nicht praxistauglich. Übrig blieben die Gemeinschaftsschule, die für alle Bildungsabschlüsse qualifiziert, und das Gymnasium. Dieses System wird auf Dauer nur dann Akzeptanz finden, wenn es gelingt, alle Gemeinschaftsschulen als gleichberechtigte und gleichwertige Schulen neben dem Gymnasium zu etablieren. Besonders dort, wo Gemeinschaftsschulen keine eigene Oberstufe haben, muss ermöglicht und glaubhaft gezeigt werden, dass Schülerinnen und Schüler dieser Schulen mit hoher Qualität unterrichtet werden. Eine Differenzierung im Lehramt bezüglich der Schulformen wäre ein falsches Signal. Sollte es nicht gelingen, die beschriebene Akzeptanz herzustellen, besteht die Gefahr des Rückfalls in ein überwundenes System, das sich nicht bewährt hat.

Ein Blick über die Landesgrenze zeigt, dass der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in einer Mitteilung an die Bürgerschaft vom 9.1.2018 (Drucksache 21/11562) das Folgende ausgedrückt hat: „ Anders als von der Expertenkommission vorgeschlagen, wird kein neues Lehramt für die Sekundarstufe I und II an Stadtteilschulen eingeführt. Vielmehr sollen an den Stadtteilschulen künftig Gymnasiallehrkräfte unterrichten. Entsprechend bleibt das Studium für das Lehramt an Gymnasien bestehen und wird nur marginal im Hinblick auf die veränderten Anforderungen von Gymnasien und Stadtteilschulen modernisiert.“ Wir verzichten hier auf eine Wiedergabe der lesenswerten Begründung für die Entscheidung, da diese in der zitierten Drucksache nachgelesen werden kann. Von Belang ist, dass Hamburg seine Lehrkräfteausbildung vergleichbar mit den in Schleswig-Holstein aus der letzten Koalitionsregierung stammenden Regelungen weiterentwickeln will.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass das bestehende Lehramt für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen (Sekundarschullehramt) beiden Schulformen des Zweisäulenmodells gerecht wird. Nach unserer Auffassung diskriminiert der vorgelegte Gesetzentwurf die Gemeinschaftsschulen und missachtet die pädagogischen Aufgaben in den heutigen Gymnasien. Den Anforderungen eines inklusiven Bildungssystems wird damit nicht entsprochen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dieter Zielinski

AUFGESCHNAPPT

1.



[#didacta18](#)

Mehr Freude am Lernen

Ein Interview mit Prof. Dr. Olaf Burow

<https://www.youtube.com/watch?v=vjsNemVvO8>

2.



<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/gemeinschaftsschulen-und-abitur-warum-der-boom-gut-ist-a-1230241.html>